



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1922

90 (22.2.1922) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-202071](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-202071)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Druckpreis: In Mannheim und Umgebung monatlich ...

Anzeigenpreise: Die kleine Zeile mit 4-...

Beilagen: Der Sport vom Sonntag. — Aus der Welt der Technik. — Gesetz und Recht. — Mannheimer Frauen-Zeitung. — Mannheimer Musik-Zeitung. — Bildung und Unterhaltung.

Eine Zusammenkunft Lloyd Georges mit Poincaré.

ORB. Paris, 22. Febr. Nach einer Meldung des „Daily Telegraph“ wird Lloyd George sich wahrscheinlich kommenden Samstag nach Paris begeben, um dort mit Poincaré den Komplex der verschiedenen Fragen, die zurzeit zwischen der englischen und französischen Regierung verhandelt werden, zu besprechen.

In diesen Tagen wird, wie bereits gemeldet, der englische Schatzkanzler Sir Robert Horne mit dem französischen Finanzminister de Lasteyrie zusammentreffen. Nach einer Kanonmeldung besteht die Ansicht, daß die Frage der Rückkäufe im Laufe dieser Woche geregelt werden könne und daß die alliierten Sachverständigen am nächsten Montag unter Beteiligung der französischen Regierung zusammentreten können.

Nach einer Est-Europ-Meldung wird die Zusammenkunft Lloyd Georges und Poincarés in erster Linie der Besprechung des französischen Memorandums vom 4. Februar gelten. Poincaré möchte die Gewißheit haben, ob seinen politischen Bedenken Rechnung getragen wird und ob Lloyd George zustimmt, daß die Friedensverträge und das Reparationsproblem in Genua nicht in die Beratungen einbezogen werden.

ORB. London, 22. Febr. Der römische Berichterstatter der „Times“ will an amtlicher Stelle erfahren haben, daß Anweisungen gegeben worden sind, in denen als wahrscheinlicher Zeitpunkt für den Beginn der Konferenz der 23. März angegeben sein soll.

ORB. Rom, 21. Febr. Der italienische Vertreter in London überreichte der litauischen Regierung die Einladung zur Genua-Konferenz. Bisher war die Frage der Teilnahme Litauens an der Genua-Konferenz offen geblieben, was hier darauf zurückgeführt wurde, daß der litauische Staat von einem Teil der Mächte, darunter Frankreich und Polen, noch nicht als jure anerkannt ist.

England und Irland.

ORB. Dublin, 22. Febr. Heute ist hier ein Konvent der Sinnfeiner-Organisationen unter dem Vorsitz De Valeras zusammgetreten, um darüber Beschluß zu fassen, ob der Konvent dem englisch-irischen Verdrag zustimme. Die von De Valera vorgeschlagene Entscheidung als unabhängige Republik nicht geregelt ist, wird die Sinnfeiner-Organisation fortführen, auf das Ziel der Anerkennung der Republik hinzuarbeiten. Bei den nächsten Parlamentswahlen wird die Organisation nur Kandidaten unterstützen, die sich verpflichten, dem König keinen Treueid zu leisten und die Zugehörigkeit Irlands zur britischen Krone nicht anerkennen. Die Entscheidung wird nicht vor morgen erwartet. Crossitt hat seinerseits eine Entschuldig eingbracht, worin der englisch-irische Vertrag gebilligt wird, da er dem irischen Volke die wahre Freiheit gebe.

Eine Kabelkonferenz.

ORB. Washington, 21. Febr. Die internationale Konferenz, die sich mit den ehemals deutschen Kabeln im Atlantischen Ozean beschäftigen soll, wird am Donnerstag in Washington eröffnet. Großbritannien, die Vereinigten Staaten, Frankreich, Italien und Japan werden vertreten sein. Die Konferenz wird auch die Verteilung der Kabeln im Indischen Ozean zu ratifizieren haben, wie die Abbrütkungskonferenz in Washington zwischen Japan, den Vereinigten Staaten und Holland vornahm.

Die deutsche Ostpolitik.

Im Reichstagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten ist gestern das Thema der deutsch-russischen Beziehungen weiter verhandelt worden, nachdem man es bereits in der vorletzten Sitzung des Ausschusses erörtert hatte. Es handelt sich hier um ein außerordentlich wichtiges Gebiet. An sich ist die deutsche Ostpolitik deshalb von hervorragender Bedeutung, weil uns bei der Abschürfung im Westen in wirtschaftlicher Beziehung nach Osten besondere Möglichkeiten geboten sind. Dabei wird in der Zukunft unser Verhältnis zu Rußland von außerordentlich großer Wichtigkeit sein, da man uns mit Absicht, um uns auch im Osten die Bewegungsfreiheit zu nehmen, den polnischen Pfahl in das Fleisch gesteckt hat. Die Wiederaufnahme guter wirtschaftlicher Beziehungen zu Rußland könnte uns darüber wohl hinweghelfen. Da man in Frankreich diese unsere zur Zeit beste wirtschaftliche Möglichkeit wohl erkannt hat, ist man dort bekanntlich bemüht, Rußland in den Berliner Vertrag mit einzubeziehen, um uns auch hier die Tür zuzuschlagen. In der letzten Zeit ist ja viel von dem russisch-französischen Abkommen die Rede gewesen, das angeblich daraus hinausläuft, Deutschland auch Rußland gegenüber entschuldigungspflichtig zu machen. Bestrebungen solcher Art sind in Frankreich zweifellos vorhanden. Also wichtiger für uns ist die Frage, wie wir uns verhalten sollen, um uns den Weg guter Beziehungen zu Rußland offen zu halten.

Das Nächstliegende ist die Anknüpfung privater wirtschaftlicher Beziehungen zu Rußland, soweit es irgendwie möglich ist. Je mehr wirtschaftliche Fäden in unermüdlicher Arbeit zwischen uns und Rußland gesponnen werden, desto besser. An Bemühungen dieser Art hat es denn auch in letzter Zeit nicht gefehlt und man darf hoffen, daß mit der Zeit die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen uns und Rußland wieder einigermaßen in Gang kommen. Natürlich hat diese Entwicklung auch eine politische Seite. Sie setzt voraus, daß wir uns auch politisch einigermaßen gut mit Rußland stellen und es wird deshalb Aufgabe unserer Diplomatie sein, dafür zu sorgen, daß von dieser Seite aus die wirtschaftlichen Fäden nicht durchkreuzt werden. Neben den unmittelbaren deutsch-russischen Beziehungen laufen bekanntlich Bestrebungen her, die auf die Bildung eines weltwirtschaftlichen Syndikates hinauslaufen, das in der Hauptsache von England und Amerika geplant ist und sich auch auf deutsche Mitarbeit stützen will. Von diesem Syndikat ist bekanntlich schon in London und alsdann in Cannes die Rede gewesen. In Genua wird man, wenn die Konferenz zustande kommt, wohl weiter davon sprechen. Bei diesem Plan wird man am besten den anglo-amerikanischen Mächten die Initiative überlassen. Deutschland wird sich allerdings bereit halten müssen, auch hier mitzuwirken, wenn die Gelegenheit sich bietet. Das wird umso leichter gehen, je mehr von uns aus schon wirtschaftliche Brücken nach Rußland hingeschlagen worden sind.

Der Wiederaufbau Rußlands.

Vorkonferenz des privatwirtschaftlichen Syndikats. ORB. Berlin, 22. Febr. (Von unserem Berliner Büro.) Der „Tag“ hat heute früh gemeldet, daß die Herren Bergmann und Kempner sich nach London begeben haben, um an der Vorkonferenz für das russische Wiederaufbaufyndikat teilzunehmen. Die Dinge liegen nach unserer Kenntnis folgendermaßen:

Bei der Vorkonferenz in London handelt es sich um die Errichtung eines Wiederaufbaufyndikats für Rußland, also um eine privatwirtschaftliche Institution. Zu den Besprechungen über diese Frage verammeln sich die Vertreter der Banken und der Industrie der einzelnen Länder. Eine Aufforderung zur Teilnahme ist auch an Deutschland ergangen, eine offizielle Einladung aber noch nicht, weil über diese erst die Konferenz selber Beschluß fassen soll. Aber es ist wohl nicht zu bezweifeln, daß die Einladung erfolgt, und um schon zur Stelle zu sein, sind Staatssekretär a. D. Bergmann von der Deutschen Bank und Geheimrat Kempner vom Kassyndikat eben hinüber gefahren.

Wilna polnisch.

Der Wilnaer Sejm für den Anschluß an Polen. ORB. Warschau, 21. Febr. (Drahtber.) Der Wilnaer Sejm hat gestern mit 96 Stimmen bei 6 Stimmenthaltungen die erwartete Anschließungsresolution an Polen gefaßt. In der Resolution werden alle Ansprüche des russischen und des litauischen Staates auf das Wilnaer Gebiet sowie die Einmischung ausländischer Faktoren in das Schicksal des Landes zurückgewiesen. Die Resolution erklärt weiter: Das Wilnaer Land bildet einen Teil der polnischen Republik, die allein die volle Souveränität über das Land ausübt. Nur die zuständigen Stellen der polnischen Republik besitzen das Recht der Gesetzgebung u. der Organisation gemäß der Verfassung der polnischen Republik. Der Wilnaer Sejm ersucht den Warschauer Sejm sowie die polnische Regierung unverzüglich an die Übernahme der Rechte und Pflichten zu schreiben, welche sich aus der Souveränität Polens über das Wilnaer Land ergeben. Damit ist auch die von Warschau aus außenpolitischen Gründen propagierte autonome Sonderstellung des Wilnaer Gebietes vom Wilnaer Sejm abgelehnt worden.

Dieser neue Landzuwachs des in seiner Landgier unerfülllichen Polen kam nur auf dem Wege einer schlecht verhaltenen Unnektierung Wilnas zustande. Der Umweg war eine sogenannte Abstimmung, die nur eine große Farce, aber nicht ein Ausdruck der wahren Volksmeinung war. Die Ermählung einer Volksvertretung, die über den Anschluß an Polen enthielt. Der so gewählte Landtag hat sich nun für den Anschluß

an Polen ausgesprochen. Man kann sich vorstellen, wie der „frenetische Jubel“ beschaffen war, mit dem in Wilna der Beschluß begrüßt worden ist.

Verboteter Pazifismus.

D.Z.D. Zur Abwechslung haben diesmal das Zentralkomitee der französischen Liga für Menschenrechte und die Deutsche Liga für Menschenrechte (Bund Neues Vaterland) einen gemeinsamen Aufruf erlassen und ihr Programm auseinandergesetzt. Diese beiden Ligas oder Bünde sind eine merkwürdige Gesellschaft, namentlich soweit die deutsche Hälfte in Betracht kommt. Natürlich sind es auf unserer Seite eingestrichelte Pazifisten, die ihre Friedensliebe dadurch beweisen zu müssen glauben, daß sie vor den Franzosen schweifswedeln. Die Herrschaften verlangen gemeinsam, daß sich Deutschland nicht nur juristisch, sondern auch moralisch verpflichtet fühlen müsse, die Schäden wieder gut zu machen, die Frankreich durch den deutschen Einfall erlitten hat, und daß Deutschland dafür sorgen müsse, zu diesem Zweck den begüterten Klassen die notwendigen Opfer aufzuerlegen. Zweitens wird verlangt, um das gegenseitige Mißtrauen zwischen beiden Völkern zu beseitigen, daß Deutschland den versteckten Widerstand gegen die Entwaffnung breche und diese in sonder Weise durchführen müsse, damit für die Zukunft jeder Zweifel über die Durchführung beseitigt werde; dann müsse auch Frankreich abrüsten. Die dritte und vierte Forderung ist rein platonischer Natur und bezieht sich auf die Wiederaufnahme des geistigen Austauschs und auf die Feststellung der Schuld am Kriege durch Öffnung aller Archive und eine unparteiische Untersuchung. Dieser letztere Punkt ist das einzig Vernünftige im ganzen Programm. Die beiden ersten Forderungen aber müssen den schärfsten Widerspruch und die schroffste Beurteilung durch einen jeden Deutschen herausfordern.

Es ist gerade zum Verzweifeln, wenn man immer wieder die Erfahrung machen muß, daß sich Deutsche dazu hergeben, für französische Underschwärzungen und Verleumdungen eine Art von Entschuldigung zu liefern. Wir sind nicht moralisch, auch nicht juristisch verpflichtet, Schäden „wiedergutzumachen“, die einfach durch die Natur des Krieges bedingt sind. Wir haben diese Schäden nicht mutwillig angerichtet, sondern soweit sie auf Tätigkeit deutscher Truppen zurückzuführen sind, waren sie durch die Kriegsnötwendigkeit geboten; zum andern und größeren Teil ist die Zerstörung Nordfrankreichs durch französisches, englisches, belgisches und amerikanisches Artilleriefeuer verursacht worden. Wir haben überhaupt nichts „wiedergutzumachen“, denn wir haben nichts getan, was einen solchen trüchtigen Ausdruck rechtfertigen könnte. Wir stehen mit reinem Gewissen da und müssen das der ganzen Welt immer wieder vorhalten. Weil wir den Krieg verloren haben, müssen wir an den Feind die Kriegsentwaffnung zahlen, die man uns aufzwingt. Das Geständnis einer deutschen Schuld ist uns durch den Friedensvertrag abgepreßt und somit moralisch und juristisch ungültig. Wenn sich Deutsche dazu hergeben, sogar eine moralische Schuld zuzugeben, dann sind sie erbärmliche Subjekte, aber keine Deutsche. Dasselbe gilt für die Leute, die immer noch wieder davon japseln, daß wir die Entwaffnung immer noch nicht durchgeführt hätten. Daß hier und da einmal ein paar Gewehre oder Revolver oder ein Paar Rifflin mit Munition gefunden werden, ist kein Beweis dafür, daß die Entwaffnung noch nicht durchgeführt ist. Wenn sich aber eine ganze Vereinigung von Deutschen bereifindet, heute noch, angelehnt der Berichte der militärischen Kontrollkommissionen selbst davon zu reden, daß der Widerstand gegen die Entwaffnung erst gebrochen werden müsse, dann wird im Ausland natürlich wieder der Eindruck verstärkt, daß bei uns noch Riesennengen von Waffen verborgen wären. Ob wohl die Leute vom Bund Neues Vaterland in ihrem verbotenen Pazifismus sich der Folgen ihres Tuns bewußt sind?

Die Koalitionsfrage.

Zurückhaltung der Parteien. ORB. Berlin, 22. Febr. (Von unserem Berliner Büro.) Ueber die große Koalition wird einstweilen noch nicht verhandelt. Zu umgehen wird die Frage allerdings nicht sein. Spätestens in der nächsten Woche wird man im Anschluß an die Beratungen des Steuermantelgesetzes sich darüber zu unterhalten haben. Bei den vornehmlich beteiligten Parteien herrscht zur Zeit ein Zug zur Zurückhaltung. Demokraten und Zentrum wollen anscheinend noch den verunglückten Ansätzen der letzten Wochen nicht wieder die Rolle der Initiatoren spielen, und die Volkspartei legt offenbar Wert darauf, die Dinge an sich herankommen zu lassen. Im allgemeinen ist man hüben wie drüben der Ansicht, daß Dr. Wirth jetzt die Angelegenheit in die Hand zu nehmen hat.

Die neue große Tarifierhöhung bei der Eisenbahn.

Von besonderer Seite gehen uns folgende Ausführungen zu: Bekanntlich wurden zum 1. Februar die Eisenbahntarife gegenüber den Tarifen des Vorjahres erheblich erhöht. Sie werden im Februar das Doppelte der Herbsttarife betragen. Gegenüber den Friedentarifen machen sie namentlich auf die näheren Entfernungen das 35- bis 40fache aus, für viele Güter aber noch erheblich mehr, da eine ganze Reihe von Ausnahmetarifen und sonstigen Vergünstigungen weggefallen ist. Die Mehrbelastung der deutschen Wirtschaft durch diese Tarifierhöhungen macht einige 30 Milliarden aus. Kundige Beurteiler sagten voraus, daß die Eisenbahn durch Tarifierhöhungen ihre ungeheuren Fehlbeträge nicht weit machen kann, wenn sie nicht die gesamte Wirtschaft im

Handelsblatt des Mannheimer General-Anzeiger

Börsenberichte.

Frankfurter Wertpapierbörse.

Begrenztes Geschäft im Devisen- und Effektenverkehr. Frankfurt, 22. Febr. (Draht.) Das herannahende Ultimatum...

Dollarkurs 217.— Mark.

Banken gaben jegliches Geld reichlich mit 5%. Da aber eine Reihe von Kommissionfirmen in den letzten Tagen auf diese Schwierigkeiten...

Devisenmarkt

Mannheim, 22. Febr. (3.45 nachm.) Im Nachmittagsverkehr trat eine kleine Abschwächung der Devisen ein.

Unsichere Haltung und unregelmäßige Preisbewegung. Frankfurt, 22. Febr. (Draht.) Nach anfänglicher Abschwächung stellte sich eine leichte Befestigung ein...

Table with columns: Amtlich, Gold, Brief, 21. Februar, 22. Februar. Lists exchange rates for various countries like Holland, Belgien, London, etc.

Frankfurter Notennmarkt

Table with columns: Amtlich, Gold, Brief, 21. Februar, 22. Februar. Lists banknote exchange rates for various countries like Belgische Noten, Dänische, Englische, etc.

Tendenz: schwächer. Schluß erholt. Berlin, 22. Febr. (Eig. Draht.) Am Devisenmarkt war die Haltung wesentlich schwächer und ruhiger...

Das Bankinstitut erzielte im abgelaufenen Jahre einen Reingewinn von 1750 627 M. (1867 356 M.), woraus wiederum eine Dividende von 6%...

Table with columns: Amtlich, Gold, Brief, 21. Februar, 22. Februar. Lists exchange rates for various countries like Holland, Brasilien, Christania, Kopenhagen, etc.

Rheinisch-Westfälische Bodencreditbank in Köln a. Rh.

Das Hypothekengeschäft beschränkte sich infolge Stokung des Pfandbriefabsatzes auf die Neuanlegung zurückbleibender Hypotheken. Für diesen Zweck kamen hauptsächlich Kleinwohnungsbauten und Umbelegungen in Frage...

Das Hypothekengeschäft beschränkte sich infolge Stokung des Pfandbriefabsatzes auf die Neuanlegung zurückbleibender Hypotheken. Für diesen Zweck kamen hauptsächlich Kleinwohnungsbauten und Umbelegungen in Frage...

Erteilung von Ausfuhrbewilligungen für das besetzte Gebiet durch rechtsrheinische Außenhandelsstellen.

Wie von der Außenhandelsabteilung der Handelskammer Mannheim mitgeteilt wird, werden in Zukunft für Firmen des besetzten Gebietes bzw. für Waren, deren Versendungs- oder Bestimmungsort im besetzten Gebiet liegt, Ausfuhrbewilligungen durch rechtsrheinische Bewilligungsstellen nicht mehr erteilt...

Durchfuhrzeugnis beim Versand deutscher Waren durch Frankreich nach Spanien.

Wie die Außenhandelsabteilung der Handelskammer Mannheim mitteilt, ist beim Versand deutscher Waren durch Frankreich nach Spanien infolge des Zollkrieges zwischen diesen beiden Ländern ein Durchfuhrzeugnis vorzulegen...

Neue Bestimmungen über Ursprungszeugnisse.

Wie die Außenhandelsabteilung der Handelskammer Mannheim mitteilt, verlangt die französische Zollverwaltung, daß alle Ursprungszeugnisse für solche aus Deutschland kommenden Waren, die aus nichtdeutschen Erzeugnissen oder Stoffen bestehen...

Luftschiffbau Zeppelin G. m. b. H. Friedrichshafen.

Als Geschäftsführer wurden bestellt: Direktor Dr. Hugo Nockner der Deutschen Luftschiffahrts-Aktiengesellschaft und der technische Direktor des L. Z., sämtliche in Friedrichshafen. Die oberste Geschäftsleitung liegt in den Händen des Generaldirektors Kommerzienrat Alfred Goismann in Friedrichshafen.

Neue Baumwollspinnerei in Bayreuth.

Bei 13,5 (4,5) Millionen M. Aktienkapital beträgt der Reingewinn 18,11 (16,54) Mill. M., nachdem vorweg 4 Mill. M. für Werksunterhaltungskonto, 1 Mill. M. für Spezialreserven und 320 000 M. für Erneuerungskonto gebucht sind.

Versicherungs-Treuhand-Aktiengesellschaft, Nürnberg.

Mit einem Grundkapital von 2 Mill. M. Namensaktien, auf die zunächst 50% eingezahlt werden, wurde in Nürnberg obige Gesellschaft gegründet.

"Moeve", Rheinische Transport- und Rückversicherungs-A.-G., Kreuznach.

Unter diesem Namen wird die Gründung einer Versicherungs-Gesellschaft mit dem Sitz in Kreuznach und einem Grundkapital von 3 Mill. M. betrieben.

Ein- und Ausfuhrerleichterungen für die Leipziger Frühjahrsmesse.

Der Reichswirtschaftsminister hat eine Bekanntmachung über die Ein- und Wiederausfuhr von Waren für die Frühjahrsmesse, die Baumesse und die Technische Messe in Leipzig erlassen. Darnach werden die Zollstellen ermächtigt, die Ein- und Wiederausfuhr von Waren, die zur Ausstellung in Leipzig auf der vom 6. bis 11. März 1922 stattfindenden Allgemeinen Frühjahrsmesse...

Waren und Märkte.

Berliner Produktmarkt.

Berlin, 22. Febr. (Draht.) Die von starken Schwankungen begleitete Werterhöhung der Devisenpreise übte nach wie vor starken Einfluß auf die Preisgestaltung am Produktmarkt aus. Von Süddeutschland bestand starke Kauflust für Weizen und Roggen, die bis Mittag die Preise weiter hoben; doch ließen diese im Mittagsverkehr wegen des dünn herauskommenden Angebots wieder nicht unerheblich nach...

Vom Stahlbund.

Am 28. Februar findet eine Mitgliederversammlung statt, für welche die Besprechung der Marktlage sowie Änderungen der Verkaufsbedingungen und Besprechung der Neuregelung der Richtpreise auf der Tagesordnung stehen. Am folgenden Tage tritt der Richtpreisausschuß des Deutschen Stahlbundes zusammen...

Table with columns: Festverzinsliche Werte, 21., 22. Lists interest-bearing securities like Reichsanleihe, Staatsanleihe, etc.

Table with columns: Dividenden-Werte, 21., 22. Lists dividend-paying stocks like Anglo-Cont. Guano, Badische Anilin, etc.

Table with columns: Berliner Wertpapierbörse, 21., 22. Lists various stocks and bonds traded in Berlin.

Berliner Wertpapierbörse.

Pestere Gesamtstendenz. Berlin, 22. Febr. (Eig. Draht.) Die Geldschwierigkeiten, die in den letzten Tagen die Spekulation benutzte, schienen heute überwunden zu sein; denn die Groß-

Verantwortl. Redakteur und Verleger: Dr. Adolf Dr. von. Mannheimer General-Anzeiger, G. m. b. H., Mannheim, E. G. L. Direktion: Ferdinand Geiser. — Verantwortlich für Inhalt: Dr. Paul Sommer; für Anzeigen: A. E. Braun; für den Vertrieb: H. Weber; für die Druckerei: H. E. Braun; für den Druck: H. E. Braun.

